

EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

Am Heumarkt 10

A-1030 Wien

Tel.: +43-664-88 73 96 27

<http://www.ecoaustria.ac.at>



Wien, Jänner 2019

## POLICY NOTE No. 29

---

# Mehr Beschäftigung und Wohlstand durch Steuerreform erreichen

---



## Mehr Beschäftigung und Wohlstand durch Steuerreform erreichen

*DI Johannes Berger, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*Mag. Ludwig Strohner, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*Dr. Tobias Thomas, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

**Jänner 2019**

### **Kurzdarstellung:**

Österreich weist im internationalen Vergleich eine hohe Abgabenbelastung auf. Im Jahr 2017 betrug die Abgabenquote 42,4 Prozent des BIP und damit deutlich mehr als im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten mit 40,2 Prozent. Die vergleichsweise hohe Belastung betrifft sowohl die Körperschaftsteuer als auch insbesondere die Belastung des Faktors Arbeit mit Einkommensteuer und Lohnnebenkosten bzw. Dienstnehmerbeiträgen. Nachdem sich die Bundesregierung im Regierungsprogramm das Ziel der Reduktion der Abgabenquote auf 40 Prozent gesetzt hat, sollen im Rahmen der Regierungsklausur im Jänner 2019 weitere Schritte festgelegt werden. Im Vorfeld der Klausur wurden in der öffentlichen Debatte eine Senkung der Körperschaftsteuer und eine deutliche Entlastung des Faktors Arbeit gefordert. In der vorliegenden Policy Note werden Entlastungen bei diesen Abgaben untersucht.

Die Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte von EcoAustria mit dem Makromodell PuMA („Public policy Model for Austria“) zeigt, dass bereits im ersten Jahr nach einer Senkung der Körperschaftsteuer auf 19 Prozent das Bruttoinlandsprodukt um 0,1 Prozent höher ausfällt als ohne die Reform. Dies steigert sich im Zeitverlauf. Langfristig liegt das Bruttoinlandsprodukt 0,7 Prozent höher. Dabei steigen die Investitionen besonders kräftig. Sie liegen im ersten Jahr nach der Reform um 2 Prozent höher. Damit verbunden ist auch ein Anstieg der Nettolöhne und der Beschäftigung. Die Nettolöhne liegen im ersten Jahr nach der Reform um 0,1 Prozent höher, langfristig sind es 0,8 Prozent. Hierbei steigen die Nettolöhne in sämtlichen Bildungsgruppen, bei mittlerem und höherem Qualifikationsniveau fällt der Anstieg kräftiger aus. Bezogen auf heutige Nettoeinkommen entspricht das einem durchschnittlichen Anstieg um langfristig rund 260 Euro pro Jahr. Auch die Beschäftigung steigt mittel- bis langfristig. Langfristig liegt sie um gut 0,2 Prozent oder rund 10.000 Beschäftigte höher als ohne die Körperschaftsteuerreform. Mit höherer Beschäftigung und höheren Nettolöhnen steigt auch der Konsum privater Haushalte. Dieser fällt mittelfristig um 0,7 Prozent höher aus als ohne die Reform, langfristig sind es gut 0,8 Prozent. Darüber hinaus kommt es durch die höhere Wirtschaftsleistung und den höheren privaten Konsum zu fiskalischen Rückflüssen, die einen Teil der Reform selbst finanzieren. Mittelfristig macht der Selbstfinanzierungsgrad bereits rund 40 Prozent aus, langfristig steigt dieser auf 55 Prozent. Bei einem Reformvolumen von ex-ante 2 Milliarden Euro würde unter Berücksichtigung der Selbstfinanzierung der Finanzierungsbedarf mittelfristig netto 1,2 Milliarden Euro und langfristig netto 900 Millionen Euro betragen.

Vergleicht man die Wirkungen der Körperschaftsteuersenkung mit einer Senkung der Einkommensteuer und der Lohnnebenkosten bei entsprechendem Reformvolumen, so zeigt sich, dass die Senkung der Körperschaftsteuer die stärksten Effekte auf die privaten Investitionen besitzt, die Kapitalausstattung der Beschäftigten stärkt und über den Produktivitäts- und Beschäftigungsanstieg längerfristig das BIP am stärksten erhöht. Die Auswirkungen auf Beschäftigung und Nettolohnentwicklung, die kurzfristig geringer als bei den anderen Reformen sind, fallen längerfristig geringfügig schwächer aus als bei einer Senkung der Lohnnebenkosten. Eine Reduktion der Einkommensteuer wirkt am positivsten auf die Beschäftigung, den privaten Konsum und die Entwicklung der realen Nettolöhne. Dabei sind die kurzfristigen Wachstumseffekte merklich höher als bei einer Lohnnebenkostensenkung. Die Reduktion der Lohnnebenkosten weist wiederum die schwächsten Wachstums- und Produktivitätseffekte auf. Allerdings zeigt sich insbesondere bei der Beschäftigung von gering qualifizierten Personen der kräftigste Zuwachs. Auch der Selbstfinanzierungsgrad ist bei einer Lohnnebenkostensenkung am höchsten.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die drei untersuchten Varianten einer Steuerreform mit unterschiedlichen ökonomischen Wirkungen verbunden sind. Eine Steuerreform sollte dementsprechend eine Senkung der Körperschaftsteuer und insbesondere auch die Entlastung des Faktors Arbeit vorsehen. Um den Finanzierungsbedarf der Reform richtig einzuschätzen, sollte dabei der Selbstfinanzierungsgrad der Reform berücksichtigt werden.



# Inhalt

---

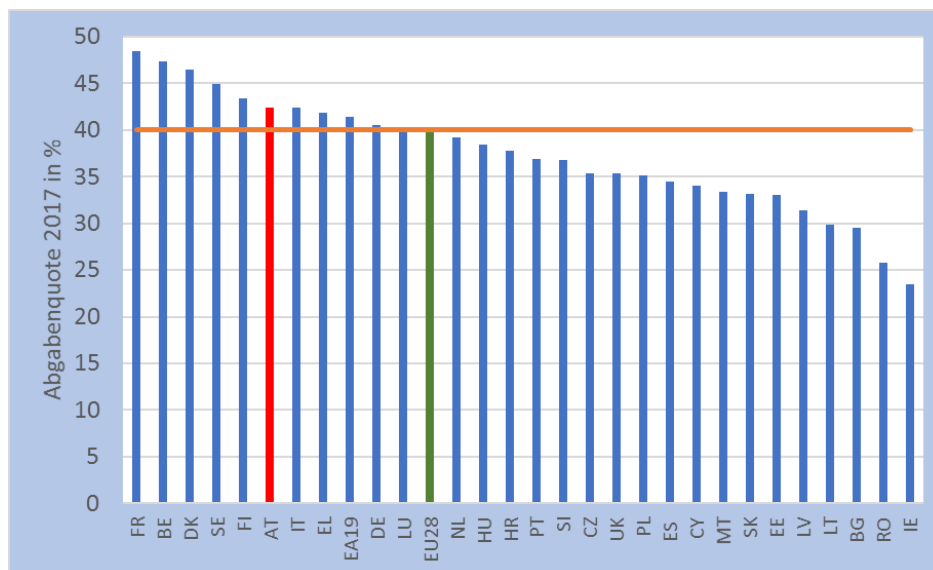
<b>1. HINTERGRUND UND MOTIVATION</b> .....	<b>1</b>
<b>2. KÖRPERSCHAFTSTEUER UND BELASTUNG DES FAKTORS ARBEIT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH</b> .....	<b>3</b>
2.1. KÖRPERSCHAFTSTEUER .....	3
2.2. FAKTOR ARBEIT .....	4
<b>3. ÖKONOMISCHE EFFEKTE VON ABGABENSENKUNGEN</b> .....	<b>6</b>
3.1. ÖKONOMISCHE EFFEKTE EINER KÖRPERSCHAFTSTEUERSENKUNG AUF 19% .....	7
3.2. ÖKONOMISCHE EFFEKTE VERSCHIEDENER ABGABENSENKUNGEN IM VERGLEICH .....	8
<b>4. RESÜMEE</b> .....	<b>14</b>
<b>5. LITERATURVERZEICHNIS</b> .....	<b>16</b>



## 1. Hintergrund und Motivation

Österreich weist im internationalen Vergleich eine hohe Abgabenbelastung auf. Im Jahr 2017 betrug die Abgabenquote 42,4 Prozent des BIP. Damit liegt Österreich merklich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten mit 40,2 Prozent des BIP und an sechsthöchster Stelle, obwohl die Steuerreform des Jahres 2016 bereits zu einer merklichen Reduktion geführt hat.<sup>1</sup> Dennoch war die Abgabenquote 2017 nur in Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden und Finnland höher (siehe Abbildung 1). Die Kalte Progression führt jedoch bereits wieder zu einem merklichen Zuwachs der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer und damit auf mittlere Frist zu einem Anstieg der Abgabenquote. Die Bundesregierung hat sich im Regierungsprogramm das Ziel der Reduktion der Abgabenquote auf 40 Prozent gesetzt. Mit diesem Wert würde Österreich etwa im Durchschnitt der EU28 bzw. auf dem Niveau Deutschlands liegen. Die Einführung des Familienbonus war ein erster Schritt in diese Richtung. Im Rahmen der Regierungsklausur im Jänner 2019 sollen weitere Schritte folgen.

Abbildung 1: Abgabenquote im EU-Vergleich (2017)



Quelle: Eurostat.

Abgaben beeinflussen das Verhalten von privaten Haushalten und Unternehmen in vielfacher Hinsicht. OECD (2010) und Institute for Fiscal Studies (2010) bieten einen umfassenden Überblick über die Auswirkungen von Abgaben auf die einzelnen Entscheidungen. So beeinflussen durchschnittliche und marginale Steuersätze den Arbeitseinsatz, das Ausmaß der Beschäftigung, das Investitionsausmaß und die Produktivität. Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge wirken auf das intensive und extensive Arbeitsangebot, also die Entscheidung der ArbeitnehmerInnen, ob und wieviel ihrer Arbeitskraft sie am Arbeitsmarkt anbieten (siehe

<sup>1</sup> Im Jahr 2015 belief sich die Abgabenquote auf 43,9 Prozent.

beispielsweise Meghir und Phillips 2008) und über Lohnverhandlungen auf die Arbeitskosten und damit die Arbeitsnachfrage.

Die Veränderung der Preisverhältnisse der Inputfaktoren Arbeit und Kapital zueinander führt zu veränderter Investitionsnachfrage. Auf der einen Seite implizieren beispielsweise höhere Arbeitskosten eine Substitution zu mehr Kapitaleinsatz, auf der anderen Seite steigen die Produktionskosten. Der implizierte Nachfragerückgang senkt wiederum die Investitionsnachfrage bzw. ausländische Direktinvestitionen. Der Gesamteffekt ist damit ohne empirische Informationen bzw. Modelluntersuchungen nicht zu bestimmen.

Die steuerliche Belastung der Gewinne von Körperschaften erhöht die Kapitalnutzungskosten und führt zu geringeren Investitionen und niedrigerer Gesamtfaktorproduktivität von Arbeit und Kapital gemeinsam (siehe Feldstein 2006). Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Arbeitsnachfrage und über niedrigere Erwerbseinkommen auf das Arbeitsangebot.

In einer Meta-Analyse zeigen Alinaghi und Reed (2017), dass Einkommen- und Körperschaftsteuern empirisch zu stärkeren Wachstumseinbußen führen als andere Steuerkategorien. Dieses Ergebnis findet sich beispielsweise auch bei Arnold et al. (2011), Arachi et al. (2015) oder Macek (2014). Acosta-Ormaechea (2018) zeigt zudem, dass insbesondere bei der Körperschaftsteuer durch die Berücksichtigung der Verzögerung der Veranlagung und durch die Ausweitung der berücksichtigten Perioden die Signifikanz der negativen Wachstumswirkungen der Besteuerung deutlich zunimmt.

In der aktuellen öffentlichen Diskussion wurde unter anderem eine Reform der Besteuerung der Körperschaften angesprochen. So wurde beispielsweise eine Senkung des Steuersatzes auf 19 Prozent gefordert<sup>2</sup> bzw. auch eine begünstigte Besteuerung von nicht-entnommenen Gewinnen. Daneben wird von einer weiteren Reform der Lohn- und Einkommensteuer ausgegangen. Auch eine weitere Reduktion der Lohnnebenkosten wird regelmäßig in die Diskussion eingebracht. In der vorliegenden Policy Note werden die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Reduktion der Körperschaftsteuer auf 19 Prozent mit Hilfe des Makromodells PuMA ermittelt und mit den Ergebnissen einer Reform bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie bei den Lohnnebenkosten bei selbem ex ante Reformvolumen verglichen. Dabei wird unter anderem auch der Selbstfinanzierungsgrad betrachtet, um die Finanzierbarkeit der unterschiedlichen Reformen besser einschätzen zu können.

---

<sup>2</sup> Siehe unter anderem Die Presse vom 3. Januar 2019. LINK:

<https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5554905/Wirtschaft-fordert-KOeStSenkung-auf-19-Prozent>



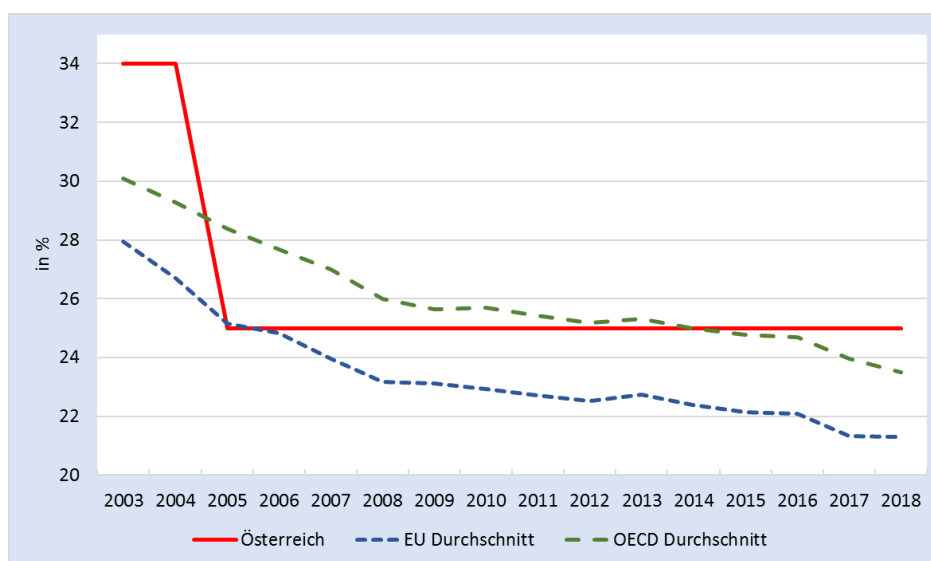
## 2. Körperschaftsteuer und Belastung des Faktors Arbeit im internationalen Vergleich

### 2.1. Körperschaftsteuer

Der gesetzliche Körperschaftsteuersatz liegt seit dem Jahr 2005 bei 25 Prozent. Vor dieser Reform belief sich der Steuersatz auf 34 Prozent. Österreich war mit diesem Steuersatz von 25 Prozent im internationalen Umfeld längere Zeit vergleichsweise gut aufgestellt, wie die in Abbildung 2 dargestellte Entwicklung verdeutlicht. Mit der Senkung von 34 Prozent auf 25 Prozent entsprach der Steuersatz im Jahr 2005 dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten und lag merklich unter dem OECD-Durchschnitt. Im Laufe der Zeit hat sich das internationale Umfeld jedoch merklich geändert, sodass im Jahr 2018 Österreich mit dem Satz von 25 Prozent wieder markant über dem Durchschnitt der EU von 21,3 Prozent wie auch über dem OECD-Schnitt von 23,5 Prozent liegt.

Vor dem Hintergrund, dass Körperschaftsteuersätze im Schnitt in kleineren Ländern niedriger sind als in größeren Ländern, würde eine Reduktion eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bedeuten. Dies ist auch vor dem Hintergrund bedeutsam, dass die effektiven Einnahmen aus der Körperschaftsteuer nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit 2,3 Prozent des BIP beispielsweise im Vergleich zu Deutschland (mit 0,95 Prozent des BIP) deutlich höher ausfallen. Selbst nach Berücksichtigung des niedrigeren Steuersatzes (15 Prozent plus Solidaritätszuschlag ohne Gewerbesteuer) liegen die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer in Deutschland bei nur rund zwei Drittel der Einnahmen in Österreich.

Abbildung 2: Entwicklung der gesetzlichen Körperschaftsteuersätze

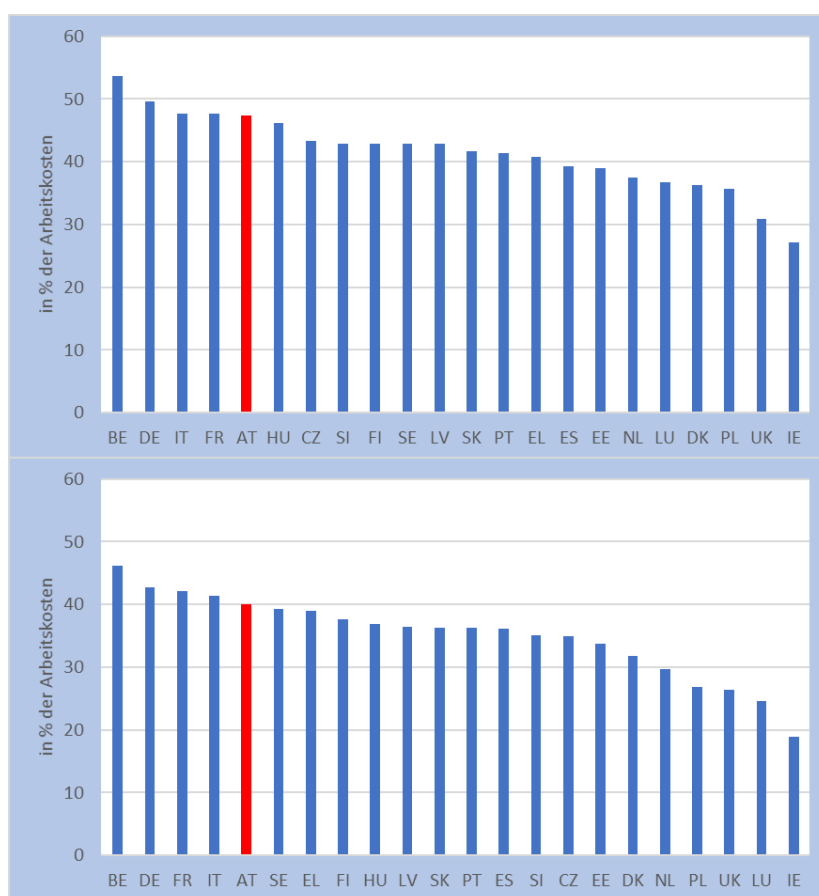


Quelle: KPMG, Corporate Tax Rates Table.

## 2.2. Faktor Arbeit

Auch in Bezug auf die Besteuerung der Erwerbseinkommen zeigt sich in Österreich eine sehr kräftige Belastung. Die OECD bietet mit der Publikation Taxing Wages (OECD 2018) jährlich einen guten internationalen Überblick über den Steuerkeil, also die Differenz zwischen Lohnkosten für die Unternehmen und Nettoeinkommen. Die Ergebnisse für das Jahr 2017 sind in Abbildung 3 festgehalten. Sowohl für Einpersonen-Haushalte, als auch für Haushalte mit zwei EinkommensbezieherInnen ergibt sich eine kräftige Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen, Lohnsummenabgaben und der Lohn- und Einkommensteuer. Österreich nimmt unter den dargestellten Ländern jeweils den Rang mit der fünfthöchsten Belastung ein. Bei einem Erwerbstätigen mit durchschnittlichem Einkommen beläuft sich der Steuerkeil auf 47,4 Prozent der Arbeitskosten der Unternehmen (d.h. das Nettoeinkommen entspricht 52,6 Prozent der Arbeitskosten), bei einem Zweipersonenhaushalt mit 2 Verdienern und 2 Kindern beläuft er sich auf 40 Prozent. Ein höherer Steuerkeil findet sich für die betrachteten Haushaltstypen lediglich in Belgien, Deutschland, Italien und Frankreich.

Abbildung 3: Durchschnittlicher Steuerkeil im Jahr 2017

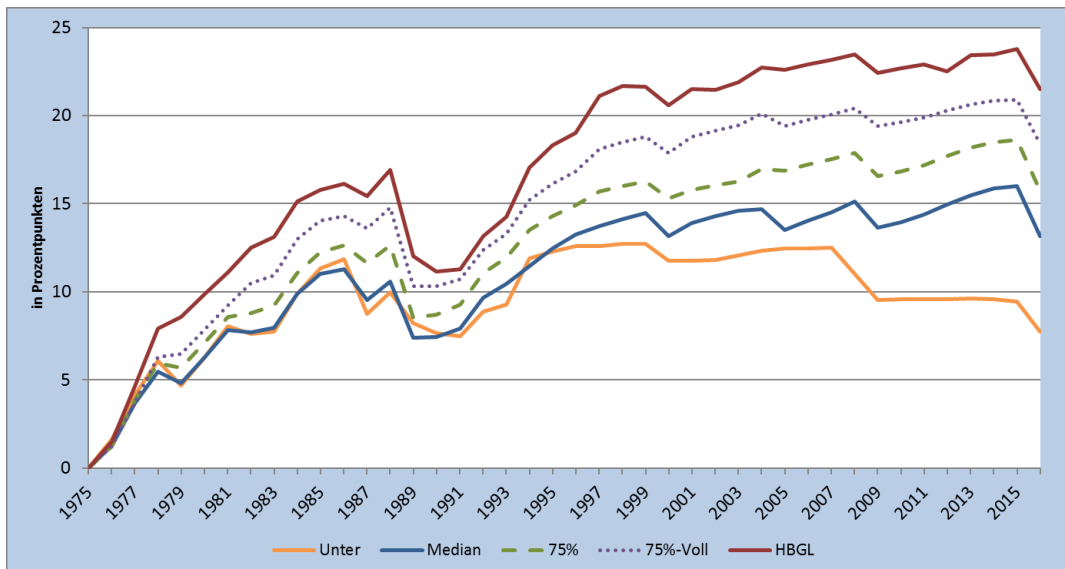


Obere Abbildung: Steuerkeil eines Einpersonenhaushalts mit durchschnittlichem Einkommen; Untere Abbildung: Steuerkeil eines Zweipersonenhaushalts mit 2 Kindern, 1 Partner Durchschnittseinkommen, 1 Partner 67% des Durchschnittseinkommens.

Quelle: OECD.Stat.

Für die Höhe des Steuerkeils in Österreich sind insbesondere die Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnsummenabgaben (FLAF und Kommunalsteuer) verantwortlich. Aber auch die Lohn- und Einkommensteuer trägt erheblich dazu bei, wobei die Bedeutung mit höherem Einkommen erheblich zunimmt. Der Steuerkeil hat sich im Zeitverlauf deutlich erhöht, wie Abbildung 4 verdeutlicht. In Prozent des Bruttoeinkommens<sup>3</sup> haben sich die Abgaben für alle betrachteten Einkommensgruppen erhöht, wobei der Anstieg mit der Höhe des Einkommens merklich kräftiger ausfällt. Für ein Einkommen bei der Höchstbeitragsgrundlage im Jahr 2015 belief sich der Anstieg der Abgaben auf über 20 Prozent des Bruttoeinkommens, und das trotz der Steuerreform des Jahres 2016. Für Personen mit einem Medianeinkommen beläuft er sich auch noch auf über 13 Prozentpunkte. Vor dem Hintergrund der kräftigen Anreizwirkungen dieser Abgaben ist eine Entlastung ökonomisch sinnvoll.

*Abbildung 4: Entwicklung der Abgabenbelastung durch Sozialversicherungsbeiträge, Lohnsummensteuern und Einkommensteuer über den Zeitverlauf (1975 = 0)*



Unter: Einkommen, ab welchem im Jahr 2015 die Einkommensteuer einsetzt, Median: Medianeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen, 75%: Einkommen zwischen dritten und viertem Quartil der unselbständigen Einkommen, 75%-Voll: Einkommen zwischen dritten und viertem Quartil der unselbständigen Vollzeit-Einkommen, HBGL: Einkommen bei Höchstbeitragsgrundlage.

Quelle: EcoAustria (2015), Research Paper No. 3.

<sup>3</sup> Im Gegensatz zu Taxing Wages, wo der Steuerkeil auf die Lohnkosten bezogen wird.

### 3. Ökonomische Effekte von Abgabensenkungen

Nachfolgend werden die ökonomischen Effekte dreier Abgabenreformen vergleichend analysiert. Dabei werden zunächst in Abschnitt 3.1 die ökonomischen Effekte einer Körperschaftsteuersenkung auf 19 Prozent analysiert und im folgenden Abschnitt 3.2 mit einer entsprechenden Senkung der Einkommensteuer bzw. der Lohnnebenkosten verglichen. Dabei wird jeweils angenommen, dass die Reformen 2020 in Kraft treten.

Bei der Analyse werden die Effekte auf das Wirtschaftswachstum, den privaten Konsum und Investitionen sowie die Lohnentwicklung und den Arbeitsmarkt dargestellt. Zur besseren Vergleichbarkeit wird von einem gleich hohen ex ante Reformvolumen ausgegangen. Dieses basiert auf der Reduktion der Körperschaftsteuer auf 19 Prozent. Ausgehend von Einnahmen von 8,4 Mrd. Euro im Jahr 2017 bzw. 2,3 Prozent des BIP würde eine Senkung auf 19 Prozent einem Reformvolumen von 2 Mrd. Euro bzw. 0,55 Prozent des BIP entsprechen.<sup>4</sup> Dadurch dass die Reform Wachstum und Beschäftigung stärkt, führt dies zu zusätzlichen Einnahmen bzw. geringeren Ausgaben der öffentlichen Hand und damit zu einer teilweisen Selbstfinanzierung. Die budgetären Nettokosten fallen somit niedriger als das ex ante Reformvolumen aus.

Die Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte diverser Abgabensenkungen (Körperschaftsteuer, Einkommensteuer, Lohnnebenkosten) wird mit dem Modell PuMA durchgeführt. Die Ergebnisse werden als Niveau-Abweichungen von einem Basisszenario dargestellt, in welchem keine Abgabensenkung durchgeführt wird. Die jeweils untersuchten Reformszenarien unterscheiden sich vom Basisszenario nur durch die betrachtete Abgabensenkung. Dementsprechend kann die dargestellte Niveau-Abweichung als kausaler Effekt der Abgabenreduktion interpretiert werden. Beispielsweise besagt ein BIP-Effekt in Höhe von 0,5 Prozent, dass das BIP im Szenario mit Abgabensenkung um 0,5 Prozent höher ausfällt als im Szenario ohne Reform. Da sich beispielsweise die Beschäftigung in der Regel schneller an geänderte Rahmenbedingungen anpasst als der Kapitalstock (der erst schrittweise über zusätzliche Investitionen zunimmt), wird in der vorliegenden Analyse ein verstärktes Augenmerk auf die dynamische Entwicklung gelegt, indem sowohl mittelfristige als auch langfristige Auswirkungen dargestellt werden.

---

<sup>4</sup> Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer sind erheblich von der zyklischen Entwicklung abhängig. Hinsichtlich des Reformvolumens erfolgt an dieser Stelle eine Orientierung am Jahr 2017, da gemäß der Europäischen Kommission (2018) die Output-Lücke im Jahr 2017 beinahe geschlossen ist. Die bisher vorliegenden administrativen Zahlen über die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer für das Jahr 2018 deuten auf einen erheblichen Zuwachs hin. Würde man diesen Wert fortschreiben, dann würde dies zu höheren steuerlichen Ausfällen führen. In diesen Zahlen spiegeln sich aber auch deutlich höhere Steuervorauszahlungen wider. Da die Reformen frühestens im Jahr 2020 in Kraft treten sollen und sich die konjunkturelle Entwicklung nach derzeitigen Prognosen bis dahin merklich abkühlt, ist davon auszugehen, dass sich auch die Körperschaftsteuereinnahmen moderater entwickeln.

### 3.1. Ökonomische Effekte einer Körperschaftsteuersenkung auf 19%

Die ökonomischen Effekte einer Körperschaftsteuersenkung auf 19 Prozent sind in Tabelle 1 dargestellt. Bereits im ersten Jahr nach der Reform fällt das Bruttoinlandsprodukt um 0,1 Prozent höher aus als ohne die Reform. Dies steigert sich im Zeitverlauf. Langfristig liegt das Bruttoinlandsprodukt 0,7 Prozent höher als ohne die Reform.

Durch die Reform der Körperschaftsteuer steigen die Investitionen besonders kräftig. Sie liegen im ersten Jahr nach der Reform um 2 Prozent höher. Mit besserer Kapitalausstattung der Erwerbstätigen und dem damit einhergehenden Produktivitätszuwachs ist auch ein Anstieg der Nettolöhne und der Beschäftigung verbunden. Die Nettolöhne liegen im ersten Jahr nach der Reform um 0,1 Prozent höher, langfristig sind es 0,8 Prozent. Dabei steigen die Nettolöhne in allen Bildungsgruppen. Der Anstieg fällt bei mittlerem und höherem Qualifikationsniveau kräftiger aus. Bezogen auf heutige Nettojahreseinkommen entspricht der Anstieg durchschnittlich rund 260 Euro. Auch die Beschäftigung liegt mittel- bis langfristig höher. Langfristig liegt sie um gut 0,2 Prozent höher als ohne die Senkung der Körperschaftsteuer. Das sind rund 10.000 Beschäftigte mehr. Mit höherer Beschäftigung und höheren Nettolöhnen steigt auch der Konsum privater Haushalte. Dieser fällt mittelfristig um 0,7 Prozent höher aus als ohne die Reform der Körperschaftsteuer. Langfristig sind es gut 0,8 Prozent.

Tabelle 1: Ökonomische Effekte Körperschaftsteuersenkung

Körperschaftsteuer	2021	2023	2025	2030	2040	2050
BIP	0,10%	0,24%	0,35%	0,52%	0,66%	0,72%
Investitionen	2,03%	1,91%	1,81%	1,68%	1,60%	1,61%
priv. Konsum	0,69%	0,72%	0,74%	0,78%	0,82%	0,84%
Arbeitskosten (pro h)	0,11%	0,28%	0,41%	0,61%	0,76%	0,80%
-gering	0,04%	0,11%	0,17%	0,27%	0,37%	0,42%
-mittel	0,07%	0,20%	0,30%	0,47%	0,63%	0,70%
-hoch	0,20%	0,49%	0,69%	0,97%	1,05%	0,97%
Nettostundenlohn real	0,10%	0,27%	0,40%	0,60%	0,74%	0,78%
-gering	0,04%	0,11%	0,17%	0,27%	0,37%	0,42%
-mittel	0,07%	0,20%	0,30%	0,47%	0,63%	0,70%
-hoch	0,20%	0,49%	0,69%	0,97%	1,06%	0,98%
Beschäftigung	0,03%	0,08%	0,11%	0,17%	0,22%	0,24%
-gering	0,02%	0,05%	0,07%	0,10%	0,10%	0,08%
-mittel	0,03%	0,07%	0,09%	0,13%	0,14%	0,14%
-hoch	0,05%	0,13%	0,19%	0,33%	0,52%	0,65%
Arbeitslosenquote (in pp)	-0,01	-0,04	-0,06	-0,09	-0,11	-0,12
-gering	-0,01	-0,03	-0,04	-0,07	-0,09	-0,10
-mittel	-0,01	-0,03	-0,05	-0,07	-0,10	-0,11
-hoch	-0,03	-0,06	-0,09	-0,13	-0,14	-0,14
Selbstfinanzierungsgrad	20,6%	30,7%	38,2%	49,3%	55,6%	54,7%
BIP (in Mrd. Euro)	0,35	0,88	1,29	1,92	2,46	2,66
Beschäftigung (in Tsd. Pers)	1,28	3,28	4,74	7,07	9,23	10,17
Nettojahreseinkommen (in Euro)	35	92	135	202	252	265

Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.

Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2),

Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).

Nettojahreseinkommen bezogen auf ganzjährig Vollzeit unselbständig beschäftigte Person.

Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Durch die höhere Wirtschaftsleistung und den höheren Konsum kommt es darüber hinaus zu fiskalischen Rückflüssen, die einen Teil der Reform selbst finanzieren. Mittelfristig macht der Selbstfinanzierungsgrad einer Senkung der Körperschaftsteuer bereits rund 40 Prozent aus. Langfristig steigt er auf 55 Prozent. Bei einem ex-ante Reformvolumen von 2 Milliarden Euro müssen unter Berücksichtigung der Selbstfinanzierung mittelfristig netto 1,2 Milliarden Euro und langfristig 900 Millionen Euro finanziert werden.

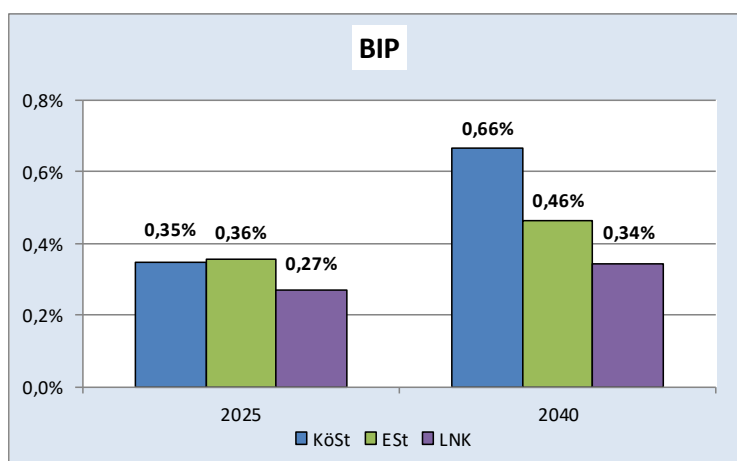
### 3.2. Ökonomische Effekte verschiedener Abgabensenkungen im Vergleich

In diesem Abschnitt werden die oben diskutierten Auswirkungen der Körperschaftsteuersenkung mit einer entsprechenden Senkung der Einkommensteuer bzw. der Lohnnebenkosten verglichen.

#### 3.2.1. BIP-Effekte

Die Auswirkungen auf das BIP sind in Abbildung 5 dargestellt. Dabei zeigt sich deutlich die ungleiche zeitliche Dynamik bei den verschiedenen Steuerkategorien. Während die Körperschaftsteuersenkung mittelfristig ähnlich stark wirkt wie die anderen Abgabenreduktionen, sind die Wertschöpfungseffekte langfristig deutlich stärker. Das BIP ist langfristig (im Jahr 2040) um knapp 0,7 Prozent höher als im Szenario ohne Abgabensenkung. Bezogen auf das aktuelle BIP entspricht dies einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung im Ausmaß von rund 2,5 Mrd. Euro. Die Wachstumseffekte fallen bei der Einkommensteuer- und einer Lohnnebenkostensenkung längerfristig geringer aus. Dies entspricht im Übrigen auch den oben zitierten empirischen Studien, wonach die Körperschaftsteuer zu den stärksten Wachstumseinbußen führt.

Abbildung 5: BIP-Effekte unterschiedlicher Abgabensenkungen

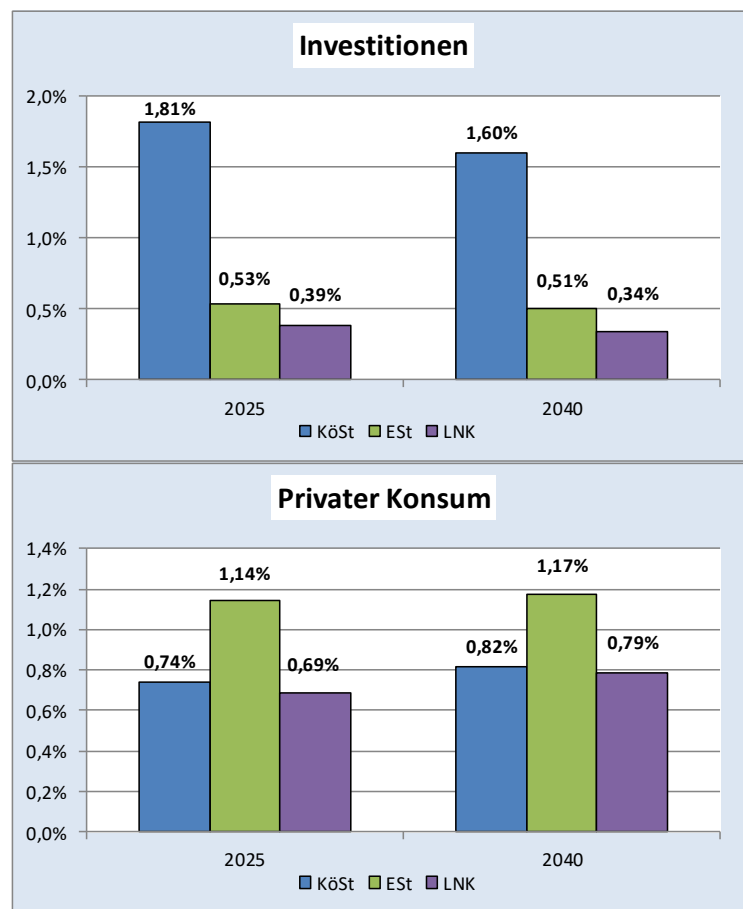


Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.  
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

### 3.2.2. Investitions- und Konsumeffekte

Die Auswirkungen auf die beiden Nachfragekomponenten Investitionen und privater Konsum sind in Abbildung 6 illustriert. Die Investitionen nehmen bei der Senkung der Körperschaftsteuer am stärksten zu, weil diese Maßnahme gezielt Investitionsanreize setzt. Aber auch die anderen beiden Reformen wirken positiv auf die Investitionen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen den Kapitalstock an die zusätzliche Beschäftigung anpassen. Der private Konsum reagiert bei der Einkommensteuerreduktion am stärksten und legt laut Modellsimulation um mehr als 1 Prozent im Vergleich zum Basisszenario zu.

Abbildung 6: Investitions- und Konsumeffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen



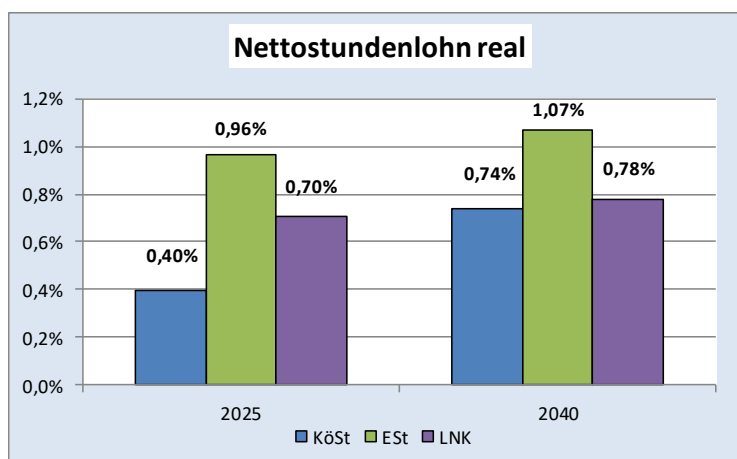
Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.  
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

### 3.2.3. Nettolohneffekte

Hinsichtlich der Nettolohnentwicklung zeigen sich die stärksten Effekte bei der Einkommensteuer (siehe Abbildung 7). Mit der Reform ergeben sich direkt kräftige Zuwächse bei den Nettoeinkommen, die längerfristig aufgrund der positiveren wirtschaftlichen Entwicklung noch etwas weiter zulegen. Die realen Nettolöhne steigen um rund 1 Prozent stärker als im Basisszenario ohne Entlastung. Bezogen auf heutige Nettojahreseinkommen entspricht das einem durchschnittlichen Anstieg um

mehr als 300 Euro. Aus Tabelle 2 wird ersichtlich, dass dabei auch Dienstgeber von einer gedämpften Arbeitskostenentwicklung profitieren.

*Abbildung 7: Nettolohneffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen*



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.  
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Die Auswirkungen bei der Lohnnebenkostensenkung fallen etwas schwächer aus. Interessant ist die zeitliche Dynamik bei der Körperschaftsteuerreduktion. Nachdem diese die Arbeitseinkommen nicht direkt entlastet, ergeben sich Lohneffekte ausschließlich indirekt über die positiven ökonomischen Effekte der Reform, wie etwa die zunehmende Produktivität der Beschäftigten. Dementsprechend fallen die Lohneffekte mittelfristig schwächer als bei den anderen Abgabenarten aus, sie sind aber längerfristig ähnlich hoch wie bei der Lohnnebenkostensenkung. In den detaillierten Darstellungen von Tabelle 1 bis Tabelle 3 ist die Lohnentwicklung auch getrennt für die verschiedenen Ausbildungsgruppen dargestellt. Diese zeigen bei der Lohnnebenkostensenkung einen prozentuell annähernd gleich starken Effekt für die verschiedenen Gruppen. Auch bei der Senkung der Einkommensteuer bzw. der Körperschaftsteuer profitieren alle Beschäftigten durch Lohnzuwächse. Bei höher qualifizierten Beschäftigten fallen die Lohnzuwächse (aufgrund der Progression bzw. der stärkeren Produktivitätseffekte) hier kräftiger aus.

#### 3.2.4. Beschäftigungseffekte

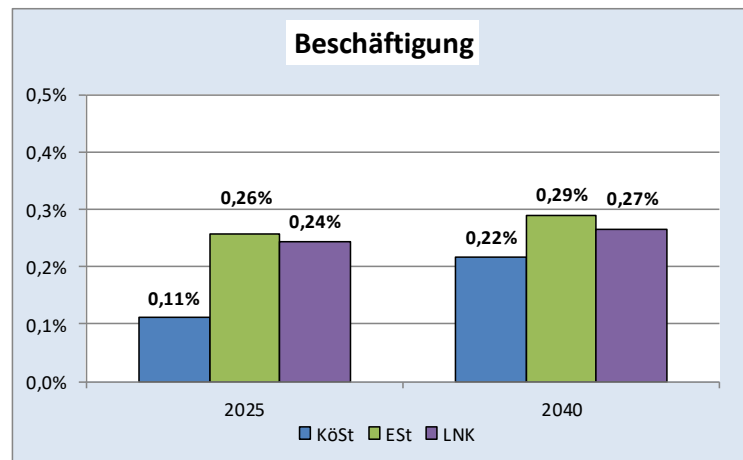
Die Beschäftigungseffekte der verschiedenen Abgabensenkungen sind in Abbildung 8 dargestellt. Der stärkste Zuwachs geht von der Reduktion der Einkommensteuer aus. Im Jahr 2025 fällt die Beschäftigung um gut 0,25 Prozent höher aus als im Basisszenario ohne Reform, was rund 11.000 zusätzlichen Beschäftigten entspricht.<sup>5</sup> Langfristig steigen die Auswirkungen noch etwas weiter auf

<sup>5</sup> In diesem Abschnitt erfolgt die Darstellung der Ergebnisse insbesondere anhand der Abbildungen. Tabelle 1 bis Tabelle 3 liefern ausführlichere Ergebnisdarstellungen, in denen etwa auch absolute Größen (beispielsweise Beschäftigung in Personen) enthalten sind.



rund 0,3 Prozent. Die Körperschaftsteuerreduktion hingegen zeigt kurzfristig geringere Beschäftigungseffekte, da diese Maßnahme nicht direkt auf Arbeitsangebot bzw. -nachfrage abzielt. Längerfristig verbessert aber die davon ausgelöste kräftigere Investitionstätigkeit die Kapitalausstattung und damit die Produktivität der Beschäftigten, was wiederum die Arbeitsnachfrage stärkt. Aus diesem Grund steigt die Beschäftigung bei einer Körperschaftsteuersenkung längerfristig nur etwas schwächer als bei den anderen beiden Reformen, die direkt die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit reduzieren.

*Abbildung 8: Beschäftigungseffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen*



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.  
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Etwas überraschen mag, dass die Senkung der Lohnnebenkosten die Beschäftigung etwas weniger stark ankurbelt als die Reduktion der Einkommensteuer. Dies ist auf das Zusammenspiel von Lohnverhandlungen und der Ankopplung der Sozialversicherungsbeiträge an die Bruttoeinkommen zurückzuführen. Über Lohnverhandlungen profitieren sowohl DienstnehmerInnen, als auch DienstgeberInnen von einer Reduktion der Abgabenbelastung. Konkret wird bei der Lohnnebenkostensenkung ein Teil der Entlastung über höhere Lohnabschlüsse an die Beschäftigten weitergegeben. Dadurch steigen zum einen die Nettolöhne, umgekehrt sinken aber auch die Arbeitskosten der Unternehmen aufgrund der Entlastung. Nachdem viele Abgaben in Österreich am Bruttoeinkommen ansetzen, „profitiert“ durch die höheren Bruttolöhne auch der Staat über zusätzliche Einnahmen, was de facto das Reformvolumen etwas reduziert.<sup>6</sup>

Die detaillierten Darstellungen der ökonomischen Effekte in Tabelle 1 bis Tabelle 3 machen deutlich, dass die verschiedenen Reformen im Hinblick auf die Beschäftigungswirkung unterschiedlich auf die verschiedenen Ausbildungsgruppen wirken. Während die Beschäftigungseffekte bei der Lohnnebenkostensenkung bei Personen mit geringerem Ausbildungsniveau stärker sind

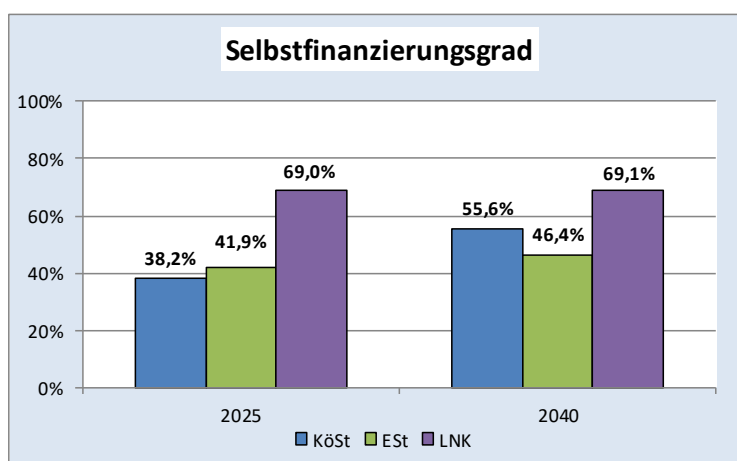
<sup>6</sup> Dies erhöht den Selbstfinanzierungsgrad der steuerlichen Entlastung, was in der Folge noch dargestellt wird.

(insbesondere kurz- und mittelfristig), steigt bei der Einkommen- und insbesondere bei der Körperschaftsteuersenkung in besonderem Ausmaß die Nachfrage nach und das Angebot an hochqualifizierten Beschäftigten. Das höhere Angebot ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass durch die besseren Beschäftigungs- und Produktivitätsaussichten bei Höherqualifizierten die Bildungsrendite steigt und daher mehr in Bildung investiert wird. Längerfristig erhöhen Einkommen- und Körperschaftsteuersenkung damit in gewissem Maß den Anteil der Personen mit tertiärer Ausbildung und damit die Bildungsstruktur in der Gesamtbevölkerung.

### 3.2.5. Selbstfinanzierungseffekte

Die Abgabensenkungen finanzieren sich zum Teil selbst. Dies insbesondere deshalb, weil die davon ausgelösten positiven volkswirtschaftlichen Effekte die öffentlichen Einnahmen erhöhen. Die Höhe der Selbstfinanzierungseffekte ist in Abbildung 9 dargestellt. Sowohl mittel-, als auch längerfristig ergeben sich die stärksten Selbstfinanzierungseffekte bei der Lohnnebenkostensenkung, die sich zu rund zwei Drittel selbst finanziert. Diese starke Selbstfinanzierung ist auf das schon oben erwähnte Zusammenspiel aus Lohnverhandlungen und der Ankopplung der Sozialversicherungsbeiträge an die Bruttoeinkommen zurückzuführen, da die Reform zu höheren Bruttolöhnen führt und dementsprechend auch die Einnahmen der Sozialversicherung aber auch Einkommensteuer stärker zulegen. Umgekehrt reduzieren sich durch diesen Effekt die positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Die Selbstfinanzierungseffekte der anderen Reformen sind in etwa gleich stark. Langfristig liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei diesen Reformen bei rund 50 Prozent, mittelfristig fällt er mit rund 40 Prozent etwas geringer aus. Erneut ist die zeitliche Dynamik bei der Körperschaftsteuer am prägnantesten, da die Selbstfinanzierung kurzfristig geringer, längerfristig aber höher ist als bei der Einkommensteuersenkung.

Abbildung 9: Selbstfinanzierungseffekte unterschiedlicher Abgabensenkungen



Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.  
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Tabelle 2: Ökonomische Effekte Einkommensteuersenkung

Einkommensteuer	2021	2023	2025	2030	2040	2050
BIP	0,28%	0,33%	0,36%	0,41%	0,46%	0,49%
Investitionen	0,59%	0,56%	0,53%	0,51%	0,51%	0,53%
priv. Konsum	1,12%	1,13%	1,14%	1,16%	1,17%	1,18%
Arbeitskosten (pro h)	-0,30%	-0,25%	-0,21%	-0,14%	-0,10%	-0,09%
-gering	-0,05%	-0,02%	0,01%	0,05%	0,12%	0,16%
-mittel	-0,23%	-0,19%	-0,16%	-0,10%	-0,03%	0,01%
-hoch	-0,54%	-0,45%	-0,40%	-0,34%	-0,39%	-0,47%
Nettosundenlohn real	0,87%	0,93%	0,96%	1,02%	1,07%	1,08%
-gering	0,45%	0,48%	0,51%	0,55%	0,61%	0,66%
-mittel	0,83%	0,88%	0,91%	0,97%	1,03%	1,07%
-hoch	1,14%	1,22%	1,28%	1,34%	1,29%	1,21%
Beschäftigung	0,23%	0,25%	0,26%	0,27%	0,29%	0,30%
-gering	0,18%	0,19%	0,18%	0,17%	0,14%	0,11%
-mittel	0,25%	0,26%	0,27%	0,27%	0,27%	0,27%
-hoch	0,22%	0,25%	0,27%	0,33%	0,45%	0,53%
Arbeitslosenquote (in pp)	-0,09	-0,10	-0,10	-0,11	-0,12	-0,13
-gering	-0,08	-0,09	-0,09	-0,10	-0,12	-0,12
-mittel	-0,09	-0,10	-0,10	-0,11	-0,12	-0,13
-hoch	-0,09	-0,10	-0,11	-0,12	-0,12	-0,11
Selbstfinanzierungsgrad	37,2%	40,0%	41,9%	44,7%	46,4%	46,5%
BIP (in Mrd. Euro)	1,04	1,20	1,32	1,52	1,71	1,82
Beschäftigung (in Tsd. Pers)	9,99	10,58	10,93	11,54	12,36	12,92
Nettojahreseinkommen (in Euro)	296	314	328	348	363	367

Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.

Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2),

Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).

Nettojahreseinkommen bezogen auf ganzjährig Vollzeit unselbständig beschäftigte Person.

Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Tabelle 3: Ökonomische Effekte Lohnnebenkostensenkung

Lohnnebenkosten	2021	2023	2025	2030	2040	2050
BIP	0,21%	0,25%	0,27%	0,31%	0,34%	0,36%
Investitionen	0,44%	0,41%	0,39%	0,36%	0,34%	0,34%
priv. Konsum	0,65%	0,67%	0,69%	0,73%	0,79%	0,83%
Arbeitskosten (pro h)	-0,26%	-0,22%	-0,19%	-0,15%	-0,12%	-0,11%
-gering	-0,26%	-0,22%	-0,21%	-0,18%	-0,15%	-0,14%
-mittel	-0,23%	-0,20%	-0,18%	-0,14%	-0,11%	-0,10%
-hoch	-0,28%	-0,22%	-0,17%	-0,11%	-0,10%	-0,13%
Nettosundenlohn real	0,63%	0,68%	0,70%	0,75%	0,78%	0,78%
-gering	0,63%	0,66%	0,68%	0,71%	0,74%	0,75%
-mittel	0,66%	0,69%	0,71%	0,75%	0,78%	0,80%
-hoch	0,63%	0,69%	0,74%	0,79%	0,81%	0,78%
Beschäftigung	0,22%	0,24%	0,24%	0,26%	0,27%	0,27%
-gering	0,31%	0,33%	0,33%	0,33%	0,32%	0,30%
-mittel	0,23%	0,24%	0,24%	0,25%	0,26%	0,26%
-hoch	0,15%	0,17%	0,18%	0,21%	0,26%	0,29%
Arbeitslosenquote (in pp)	-0,09	-0,10	-0,10	-0,11	-0,12	-0,12
-gering	-0,14	-0,14	-0,15	-0,15	-0,16	-0,16
-mittel	-0,09	-0,10	-0,10	-0,11	-0,11	-0,11
-hoch	-0,07	-0,08	-0,09	-0,09	-0,10	-0,09
Selbstfinanzierungsgrad	65,5%	67,7%	69,0%	70,4%	69,1%	66,0%
BIP (in Mrd. Euro)	0,79	0,91	1,00	1,15	1,28	1,33
Beschäftigung (in Tsd. Pers)	9,56	10,08	10,38	10,87	11,32	11,51
Nettojahreseinkommen (in Euro)	216	230	239	254	264	266

Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario.

Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2),

Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).

Nettojahreseinkommen bezogen auf ganzjährig Vollzeit unselbständig beschäftigte Person.

Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

## 4. Resümee

Österreich weist im internationalen Vergleich eine hohe Abgabenbelastung auf. Im Jahr 2017 betrug die Abgabenquote 42,4 Prozent des BIP und damit deutlich mehr als im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten mit 40,2 Prozent. Die vergleichsweise hohe Belastung betrifft sowohl die Körperschaftsteuer als auch insbesondere die Belastung des Faktors Arbeit mit Einkommensteuer und Lohnnebenkosten bzw. Dienstnehmerbeiträgen. Nachdem sich die Bundesregierung im Regierungsprogramm das Ziel der Reduktion der Abgabenquote auf 40 Prozent gesetzt hat, sollen im Rahmen der Regierungsklausur im Jänner 2019 weitere Schritte festgelegt werden. Im Vorfeld der Klausur wurden in der öffentlichen Debatte eine Senkung der Körperschaftsteuer und eine deutliche Entlastung des Faktors Arbeit gefordert.

Die Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte von EcoAustria mit dem Makromodell PuMA („Public policy Model for Austria“) zeigt, dass bereits im ersten Jahr nach einer Senkung der Körperschaftsteuer auf 19 Prozent das Bruttoinlandsprodukt um 0,1 Prozent höher ausfällt als ohne die Reform. Dies steigert sich im Zeitverlauf. Langfristig liegt das Bruttoinlandsprodukt 0,7 Prozent höher. Dabei steigen die Investitionen besonders kräftig. Sie liegen im ersten Jahr nach der Reform um 2 Prozent höher. Damit verbunden ist auch ein Anstieg der Nettolöhne und der Beschäftigung. Die Nettolöhne liegen im ersten Jahr nach der Reform um 0,1 Prozent höher, langfristig sind es 0,8 Prozent. Hierbei steigen die Nettolöhne in sämtlichen Bildungsgruppen, bei mittlerem und höherem Qualifikationsniveau fällt der Anstieg kräftiger aus. Bezogen auf heutige Nettoeinkommen entspricht das einem durchschnittlichen Anstieg um rund 260 Euro pro Jahr. Auch die Beschäftigung steigt mittel- bis langfristig. Langfristig liegt sie um gut 0,2 Prozent oder rund 10.000 Beschäftigte höher, als ohne die Körperschaftsteuerreform. Mit höherer Beschäftigung und höheren Nettolöhnen steigt auch der Konsum privater Haushalte. Dieser fällt mittelfristig um 0,7 Prozent höher aus, als ohne die Reform, langfristig sind es gut 0,8 Prozent. Darüber hinaus kommt es durch die höhere Wirtschaftsleistung und den höheren privaten Konsum zu fiskalischen Rückflüssen, die einen Teil der Reform selbst finanzieren. Mittelfristig macht der Selbstfinanzierungsgrad bereits rund 40 Prozent aus, langfristig steigt dieser auf 55 Prozent. Bei einem Reformvolumen von ex-ante 2 Milliarden Euro würde unter Berücksichtigung der Selbstfinanzierung der Finanzierungsbedarf mittelfristig netto 1,2 Milliarden Euro und langfristig netto 900 Millionen Euro betragen.

Vergleicht man die Wirkungen der Körperschaftsteuersenkung mit einer Senkung der Einkommensteuer und der Lohnnebenkosten bei entsprechendem Reformvolumen, so zeigt sich, dass die Senkung der Körperschaftsteuer die stärksten Effekte auf die privaten Investitionen besitzt, die Kapitalausstattung der Beschäftigten stärkt und über den Produktivitäts- und Beschäftigungsanstieg längerfristig das BIP am stärksten erhöht. Dabei ist die zeitliche Dimension von besonderer Bedeutung, da die Körperschaftsteuersenkung die volle makroökonomische

Wirkung schrittweise über den höheren Kapitalstock entfaltet. Die Auswirkungen auf Beschäftigung und Nettolohnentwicklung, die kurzfristig geringer als bei den anderen Reformen sind, fallen längerfristig ähnlich aus, als bei einer Senkung der Lohnnebenkosten. Eine Reduktion der Einkommensteuer wirkt am positivsten auf die Beschäftigung, den privaten Konsum und die Entwicklung der realen Nettolöhne. Dabei sind die kurzfristigen Wachstumseffekte merklich höher als bei einer Lohnnebenkostensenkung. Die Reduktion der Lohnnebenkosten, beispielsweise über die Senkung des FLAF-Beitrags, weist wiederum die schwächsten Wachstums- und Produktivitätseffekte auf. Allerdings zeigt sich insbesondere bei der Beschäftigung von gering qualifizierten Personen der kräftigste Zuwachs. Auch der Selbstfinanzierungsgrad ist bei einer Lohnnebenkostensenkung am höchsten.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die drei untersuchten Varianten einer Steuerreform mit unterschiedlichen ökonomischen Wirkungen verbunden sind. Eine Reduktion der Körperschaftsteuer wirkt insbesondere auf die Investitionstätigkeit, auf die Produktivität der ArbeitnehmerInnen und damit verbunden auf das BIP-Wachstum und die Einkommensentwicklung. Die Einkommensteuer wirkt direkt stärker auf die mittleren und höheren Einkommen bzw. auch auf die Bildungsniveaus. Damit verbunden sind stärkere direkte Arbeitsnachfrage- und Arbeitsangebotseffekte speziell bei diesen Gruppen. Aufgrund der höheren Produktivität ist der BIP-Wachstumseffekt auch hier kräftig. Die Lohnnebenkostensenkung entfaltet bei BezieherInnen mit niedrigerem Einkommen durch die proportionale Belastung der Erwerbseinkommen eine etwas stärkere Wirkung. Eine Steuerreform sollte dementsprechend eine Senkung der Körperschaftsteuer und insbesondere auch die Entlastung des Faktors Arbeit vorsehen. Um den Finanzierungsbedarf der Reform richtig einzuschätzen, sollte dabei der Selbstfinanzierungsgrad der Reform berücksichtigt werden.

## 5. Literaturverzeichnis

- Acosta-Ormaechea, S., S. Sola und J. Yoo (2018). Tax composition and growth: A broad cross-country perspective, *German Economic Review*, veröffentlicht online: 9. Jänner 2018.
- Alinaghi, N. und W. R. Reed (2017). Taxes and economic growth in OECD countries: A meta-regression analysis, Working Paper Series 6710, Victoria University of Wellington, Public Finance.
- Arachi, G., V. Bucci und A. Casarico (2015). Tax structure and macroeconomic performance, *International Tax and Public Finance* 22(4), S. 635-662.
- Arnold, J. M., B. Brys, C. Heady, A. Johansson, C. Schweltnus und L. Vartia (2011). Tax policy for economic recovery and growth, *Economic Journal* 121(550), S. 59-80.
- EcoAustria (2015). Die Entwicklung der Abgabenbelastung von Einkommen im Zeitverlauf, Research Paper No. 3.
- European Union (2018). European Economic Forecast – Autumn 2018, Institutional Paper 089, November 2018.
- Feldstein, M. (2006). The effect of taxes on efficiency and growth, NBER Working Paper 12201.
- Institute for Fiscal Studies (2010). Dimensions of Tax Design: The Mirrlees Review, Oxford University Press, Oxford.
- Macek, R. (2014). The impact of taxation on economic growth – Case study of OECD countries, *Review of Economic Perspectives* 14(4), S. 309-328.
- Meghir, C. und D. Phillips (2008). Labour supply and taxes, IZA Discussion Papers 3405.
- OECD (2010). Tax Policy Reform and Economic Growth, Paris, OECD Publishing.
- OECD (2018). Taxing Wages 2018, OECD Publishing, Paris.